

**Bilanz des Mouvement Ecologique
vor Ablauf der Legislaturperiode:**

**Tiefer Graben zwischen Anspruch
und Wirklichkeit in Sachen
„nachhaltige Entwicklung“**

Dezember 2003

Bilanz des Mouvement Ecologique vor Ablauf der Legislaturperiode:

Tiefer Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Sachen „nachhaltige Entwicklung“

In gut 6 Monaten stehen die nächsten Legislativwahlen ins Land. Die Gelegenheit schlechthin für die verschiedensten Akteure in der Gesellschaft, um Vorschläge für die Parteiprogramme und die anstehenden Wahlen auszuarbeiten.

Bevor sich der Mouvement Ecologique jedoch in die Erarbeitung bzw. die Vorstellung von Wahlforderungen lanciert, möchte die Umweltgewerkschaft mit der gebotenen Objektivität eine Bilanz der Arbeit der aktuellen Regierungskoalition ziehen. Dabei wird nicht außer Acht gelassen, dass der Regierung noch 6 Monate verbleiben, in denen noch so manche Akzente gesetzt werden könnten.

„Nachhaltige Entwicklung“: ein Ziel der Parteiprogramme sowie des Koalitionsabkommens von 1999

Anlässlich der letzten Legislativwahlen veröffentlichte der Mouvement Ecologique in einer 120-seitigen Broschüre einen detaillierten Forderungskatalog in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung. Eine ganze Reihe von Ideen wurden von den politischen Akteuren aufgegriffen und fanden u.a. Eingang in die Parteiprogramme.

Mehr noch: quer durch die unterschiedlichen Ressorts fanden sich auch im Koalitionsabkommen zentrale Aussagen auch eines Mouvement Ecologique wieder. Das Koalitionsabkommen war in manchen Hinsichten entsprechend ambitiös, berücksichtigte es doch in den diversen Politikbereichen Ideen der nachhaltigen Entwicklung.

Kurz vor Ablauf der Legislaturperiode ist die Bilanz jedoch ernüchternd: Die Regierung wurde ihren eigenen Ansprüchen in vielerlei Hinsicht nicht gerecht! Es darf de facto von einem Versagen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und damit der selbst gesteckten Ziele im Koalitionsabkommen gesprochen werden.

Eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden!

Vielfach herrscht bei manchen BürgerInnen die Meinung vor, Wahlprogramme hätten nur in Wahlzeiten Gültigkeit, um Wähler zu gewinnen. Dass auch ein Koalitionsabkommen nicht unbedingt mehr Wert ist, als das Papier auf welchem es steht, ist allerdings äußerst befremdend.

Vergleicht man in der Tat die anspruchsvolle Liste der im Koalitionsabkommen angekündigten Massnahmen im Bereich nachhaltige Entwicklung und deren Umsetzung in die Realität, so stellt man eine gewaltige Diskrepanz zwischen Worten und Taten fest. (**siehe Anhang**)

Einige Beispiele von nichtverwirklichten, jedoch im Koalitionsabkommen angekündigten Maßnahmen:

Operationeller Plan zur Reduktion der CO2-Belastungen – Förderung der dezentralen Entwicklung / systematische Dezentralisierung von Aktivitäten – Einführung einer ökologischen Steuerreform – Umsetzung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung – Einführung einer Spekulationssteuer – Umsetzung des Vorsorgeprinzips – Förderung der Energiesparmassnahmen auch im ökonomischen Bereich – Ausbau eines Qualitätstourismus – Schaffung eines Verkehrsverbundes – Verabschiedung eines sektoriellen Planes von Aktivitätszonen, vor allem auch für kleinere und mittlere Betriebe – gezielte Förderprogramme für Betriebe im Umweltbereich ...

... alle diese Projekte wurden zwar angekündigt – harren aber, sechs Monate vor Ablauf der Legislaturperiode, einer Umsetzung. Dies ist umso ärgerlicher, als so manches Projekt schon im Koalitionsabkommen vorheriger Regierungen vorgesehen war...

Man kann es drehen und wenden wie man will: dieser Regierung gelang es im Bereich nachhaltige Entwicklung nicht ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden.

Diese Regierung tritt ihr eigenes Koalitionsabkommen mit Füßen und stellt derart nicht nur Wahlaussagen und Parteiprogramme – sondern ihr eigenes Selbstverständnis in Frage.

Man darf sich nicht wundern, wenn eine solche Entwicklung zu einem (weiteren) Vertrauensverlust der Bürger in die Politikgestaltung führt und letztlich dazu führen könnte, populistische Tendenzen zu unterstützen.

Wenn programmatische Aussagen eines Koalitionsabkommens bzw. einer Regierungserklärung nur von geringer konkreter Relevanz ist: was bitte sehr, ist dann noch im politischen Diskurs verbindlich?

Außer “regenerativen Energien“ nichts gewesen?

So hat diese Regierung tatsächlich aus dem Bereich der nachhaltigen Entwicklung vor allem nur ein bemerkenswertes Projekt aufzuzeigen: dasjenige der regenerativen Energien. Dieses kann man ohne Wenn und Aber begrüßen und es ist durchaus als Meilenstein in der Energiepolitik zu betrachten. Nicht nur weil in einem gewissen Sinn eine Energiewende eingeläutet wurde, sondern auch weil eine Verbindung

zwischen ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen in die Wege geleitet werden konnte.

Nur: eine Fortführung dieser Politik und der entsprechenden Förderprogramme muss gewährleistet werden auch in Zeiten restriktiver Budgetpolitik!

Positive Projekte werden durch konträre Maßnahmen in Frage gestellt

Neben den Förderreglementen im Bereich regenerative Energien bleibt die Reform des Naturschutzgesetzes, die Entwicklung von Belval-Ouest sowie das IVL vor allem als positive Projekte erwähnenswert. Doch bei jenen Projekten mischt sich ein bitterer Beigeschmack hinzu.

Einerseits vermögen diese einzelnen, isolierten "Aushängeschilder" nicht, die negative Bilanz ins positive zu wenden. Andererseits bleiben Probleme bestehen.

In Sachen Naturschutzgesetz wurde eine grundlegende Frage bewusst ausgeklammert: die Gewährleistung einer objektiven, wissenschaftlichen Vorgehensweise, die Voraussetzung für die Akzeptanz des Naturschutzes in den verschiedenen Berufskreisen ist. Die Entscheidung über die dafür notwendige fachliche Struktur wurde vertagt...

Was das IVL-Konzept anbelangt, so warten alle interessierten Kreise seit Monaten darauf, währenddem die Straßenbauverwaltung vor Ort mit immer neuen Straßen(planungen) vollendete Tatsachen schafft. Eine tatsächliche Beteiligung von Gemeinden und Zivilgesellschaft bei der Erstellung des Konzeptes gab es im übrigen nicht !

Belval-Ouest kann gewiss ein Aushängeschild in Sachen nachhaltige Siedlungsentwicklung werden, wenn die architektonischen, energietechnischen und transportpolitischen Vorgaben in ihrem hohen Anspruch beibehalten werden. Nur: parallel zu Belval-Ouest werden auf Cloche d'Or und im Findel-Bereich in großem Umfang Bürobauten hochgezogen: damit wird die Priorität für eine dezentrale Entwicklung konsequent unterlaufen...

Abschottung des politischen Milieus: der Trend geht weiter

Neben der fehlenden Umsetzung der Vorgaben des Koalitionsabkommens markiert aber vor allem ein weiteres gravierendes Defizit die Arbeit dieser Regierung.

Es scheint, als wäre in dieser Legislaturperiode der Graben zwischen offiziellen Politikvertretern und BürgerInnen nicht schmaler, sondern eher breiter geworden zu sein.

Statt das Engagement der BürgerInnen – in Nicht-Regierungsorganisation, in der Zivilgesellschaft allgemein - zu nutzen und somit zu einer lebendigen Demokratie, zu einer Öffnung der Politik zur Gesellschaft, zu einer konstruktiven Streitkultur ... zu finden, kann de facto eine Abschottung der

Politik gegenüber der Zivilgesellschaft festgestellt werden – ja es werden sogar seitens der Politik regelrechte Feindbilder aufgestellt. Der Slogan *“Politik mam Bierger – fir de Bierger“* lässt grüssen ...

Briefliche Aussagen wie *“Je vous demande de ne plus me contacter, parce que je n’ai rien à vous communiquer“* eines Regierungsvertreters stehen symbolträchtig für diese Geisteshaltung.

Symbolträchtig für die Tendenz ist die Art und Weise wie grundsätzliche politische Debatten als Krisensituationen in eine Tripartite verlagert und somit (bewusst?) jedwede strukturelle Reformen und dafür unumgängliche gesellschaftliche Diskussionen unterbunden werden.

- Warum, wurde nicht – wie vom Mouvement Ecologique vorgeschlagen – ein runder Tisch zum Thema “Flughafen” mit allen betroffenen Akteuren einberufen? Warum wird hier seitens der Regierung eine weitere Polarisierung geradezu heraufbeschworen?
- Warum auch wurde nicht anlässlich der Debatten über den 700.000 Einwohnerstaat bzw. auch nach Abflauen dieser Vision (?) versucht, eine fundierte Diskussion (mit entsprechendem fachlichem Input und Entwicklungsszenarien) in diversen Foren zwischen den unterschiedlichen Kreisen herbeizuführen (z.B. Wohnungsbau, Siedlungsentwicklung)?
- Warum hat Luxemburg noch nicht einmal ansatzweise versucht, die Prinzipien einer lokalen Agenda 21, d.h. einer bewußten Reflexion mit allen interessierten BürgerInnen und Berufskreisen, so wie sie in Rio verabschiedet wurde, in die Praxis umzusetzen?
- Warum werden Bürgerbefugnisse, die den Bürgern per EU-Recht eingeräumt werden, diesen in Luxemburg konsequent verweigert? Noch immer ist die Direktive betreffend den Zugang zu Informationen und Bürgerrechte (Aarhus-Konvention) sowie die Impaktstudie noch nicht in geltendes Recht umgesetzt!

Wer Politik und Bürger derart voneinander entfremdet und keine Initiativen im Sinne einer stärkeren Bürgerbeteiligung ergreift, sondern vielmehr die Abschottung der Politik weitertreibt, darf sich nicht wundern, wenn die aktuelle Legislaturperiode durch eine **weitgehende Stagnation im gesellschaftspolitischen Bereich** gekennzeichnet ist. **Ja, wir brauchen ein neues „Modell Luxemburg“ im Rahmen dessen grundsätzliche Herausforderungen kontradiktorisch und in einem offenen und öffentlichen Dialog angegangen werden.**

Jedem das seine ...

Dieser Spruch mag im Alltag überzeugen, nicht aber wenn es um Regierungsarbeit geht. Doch gerade dieses Bild gab diese Regierung ab:

- Während der Umweltminister für CO2-Reduktionen, für die Förderung regenerativer Energien plädiert ... spricht der Wirtschafts- und Energieminister von irreellen Vorstellungen.

- Während das Innenministerium an einer integrierten Verkehrs- und Landesplanungspolitik arbeitet, plant das Bautenministerium weiterhin wahllos neue Strassen...
- Während der Kooperationsminister an die Verantwortung von Gemeinden appelliert, im Nord / Süd –Bereich aktiv zu werden, blockiert der Innenminister entsprechende Vorhaben von Gemeinderäten.
- Während das Umweltministerium sich für Landschaftsschutzgebiete einsetzt, stellt der Landesplanungsminister sie bewusst in Frage...
- Während das Umwelt- resp. Kooperationsministerium die Gemeinden stärker für Nachhaltigkeits- und Energiefragen gewinnen will, verweist das Innenministerium auf die doch restriktiv auszulegenden Kompetenz- und Aufgabenbereiche der Gemeinden.

Auf diese Weise kann man die **unterschiedlichsten Wählerschichten bedienen, ohne de facto politische Weichenstellungen auf Kosten des Einen oder des Anderen vornehmen zu müssen. Doch der Preis ist extrem hoch: die Politik gibt ihre Gestaltungskraft auf!**

Statt Strukturreformen ..., Probleme aussitzen..., Chancen verpassen ...

Bedenklich für die langfristige Entwicklung Luxemburgs ist aber vor allem der Umstand, dass grundlegende wichtige Fragestellungen nur begrenzt aufgegriffen werden – und somit aber auch Chancen verpasst werden. Mit dieser Vorgehensweise riskiert Luxemburg, statt Probleme in relativ guten Zeiten vorwegzunehmen, bewusst gegen eine Mauer zu laufen und erst dann handlungsfähig zu werden, wenn „*d’Kand am Petz läit*“:

- **Konkrete Umsetzung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung** erfolgt nicht.: Ziele wie eine Effizienzrevolution, Reduktion des Bodenverbrauchs auf 20% bis zum Jahre 2020 gemäss Plan für eine nachhaltige Entwicklung ... bleiben leider auf der Ebene von Schlagwörtern stehen. Dabei sind die Instrumente zur Umsetzung hinlänglich bekannt!
- **Sicherstellung einer nachhaltigen Steuerreform:** Es ist bekannt, dass unser Steuersystem auf einer Reihe von Parametern beruht, die aufgrund diverser Entwicklungen (und seien es lediglich EU-Harmonisierungsbestrebungen) mittel- bis langfristig in Frage gestellt werden. Regelrechte Einbrüche sind mittelfristig zu befürchten. Trotzdem wird diese doch so wesentliche Frage nur zaghaft, wenn überhaupt, thematisiert: weiterhin wird auf Nischenpolitik à gogo gesetzt, die jedoch mittelfristig aufgrund der Infragestellung von Steuer- oder Abgabedifferenzen mit Nachbarländern auf äußerst fragilen Beinen steht (cf Abhängigkeit von Treibstoff-Verkauf).
- **Diversifizierung der Wirtschaft – Verknüpfung Ökologie und Ökonomie:** Die Fragilität unserer Wirtschaftsstruktur ist bekannt. Die „Nischenpolitik“ die Luxemburg sehr bewusst auszuspielen vermochte in den vergangenen Jahrzehnten kann, aufgrund z.B. von

Harmonisierungsbestrebungen auf EU-Ebene, mit Sicherheit nicht in allen Bereichen in dieser Form beibehalten werden. Konsens besteht, dass eine Diversifizierung erfolgen muss. An klaren Aussagen, an erkennbaren Linien fehlt es. AOL jedoch ist nicht die Antwort auf diese grundlegende Fragestellung.

- **Partizipative Demokratie fördern:** Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen sowohl aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung, der EU-Erweiterung als auch des Aufgreifens struktureller Probleme in der Gesellschaft (cf. Krankenkassen, Sicherung der Sozialsysteme). Diese können nur dann offensiv gelöst werden, wenn eine neue Streitkultur entsteht – die wesentlichen Weichenstellungen, die in den kommenden Jahren getroffen werden müssen, können nicht „von oben“ aufgezungen werden. Statt hier, auch im Sinne von Rio, die partizipativen Strukturen auszubauen findet wie bereits erwähnt ein Zurück statt.

Verbleibende 6 Monate der Legislaturperiode nutzen!

Bei aller negativer Einschätzung der Regierungsbilanz: es verbleiben den Regierungsparteien noch 6 Monate, um wichtige Akzente in Sachen Nachhaltigkeit zu setzen und eine gewisse Glaubwürdigkeit der Politik im Bereich nachhaltige Entwicklung (und darüber hinaus in Punkto Glaubwürdigkeit der Politik) zu retten.

Hierzu zählen nach Ansicht des Mouvement Ecologique u.a. folgende Projekte, die noch in Angriff genommen werden könnten und müssten.

1. Aarhus-Konvention und Direktive betreffend den freien Zugang zu Informationen im Umweltbereich gut heissen

Bereits vor Jahren, hat der Staatsrat ein entsprechendes Gesetzesprojekt (das jedoch sehr summarisch war) gutgeheissen. Dieses sichert – auf der Basis einer EU-Direktive – den Bürgern weitgehendere Informations- und Beteiligungsrechte. Während auf EU-Ebene bereits eine Novellierung der Aarhus-Konvention erfolgt, harrt die erste Direktive entsprechend in Luxemburg immer noch ihrer Umsetzung... Dies, so Informationen des Mouvement Ecologique zu folge, auf Wunsch der Regierung (!?). Ein Gesetzesprojekt betreffend den freien Zugang zu Informationen im Umweltbereich harrt ebenfalls seiner Umsetzung.

Der Mouvement Ecologique tritt mit Konsequenz dafür ein, dass die den Bürgern per EU-Recht zugestandenene Rechte noch im Laufe dieser Legislaturperiode zuerkannt und die beiden Gesetzesprojekte verabschiedet werden.

2. Verabschiedung des Gesetzesprojektes betreffend die nachhaltige Entwicklung und Umsetzung prioritärer Maßnahmen?

Die Verankerung der Idee der Nachhaltigkeit in die verschiedenen sektoriellen Politikbereiche benötigt ohne Zweifel einen formalen, politisch verbindlichen Rahmen. Der Mouvement Ecologique fordert deshalb grundsätzlich die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode.

Was die Schaffung eines Nachhaltigkeitsrates anbelangt, so stellt sich jedoch die Frage, ob diesem zusätzlichen Beratungsorgan – neben demjenigen der Landesplanung, des Naturschutzes u.a. – eine höhere Wirksamkeit beschieden sein kann. Hier gilt es einen klaren Rahmen abzustecken.

3. Impaktstudiendirektive endlich verabschieden!

Luxemburg missachtet seit Jahren die EU-Gesetzgebung betreffend die Impaktstudien. Diese Direktive ist immer noch nicht in Luxemburger Recht umgesetzt, mehrfache Ermahnungen in Brüssel sind deswegen bereits in Luxemburg eingegangen. Allerdings wurde die Umsetzung dieser aus Bürgersicht so wichtigen Direktive seitens der Regierung immer wieder sehr bewusst ausgesetzt. Der Mouvement Ecologique drängt jedoch auf eine kurzfristige Umsetzung - die Regierung müsste das entsprechende Gesetzesprojekt auf die oberste Prioritätenliste, auch gegenüber dem Staatsrat, setzen.

4. Weiterführung der Studie für eine ökologische Steuerreform

Diese Regierung hatte beabsichtigt, selbst eine Studie zur ökologischen Steuerreform durchzuführen. Dies erfolgte nicht, das Umweltministerium unterstützte jedoch eine Studie, die im Auftrag des Mouvement Ecologique in diesem Bereich erfolgte. Soll die nächste Regierung nicht "bei Null anfangen" so müsste die aktuelle Regierung noch einige grundsätzliche Analysen in Auftrag geben, damit die kommende Koalition umgehend handlungsfähig ist und über die notwendigen Informationen verfügt, um die nachhaltige Steuerreform konkret anzugehen.

5. Konkretisierung des CO2-Reduktionsplanes – Erstellung des „Allokationsplanes“

Luxemburg erreicht derzeit seine Ziele zur Reduktion der CO2-Emissionen auf eklatante Art und Weise nicht. Deren Ausstoß hat z.B. in den vergangenen Jahren auf gravierende Art und Weise wieder zugenommen.

Dabei mangelt es weiterhin an einem operationellen, konkreten und sehr handlungsorientierten Plan zu CO2-Reduktionen, der mit entsprechenden Zeithorizonten und Instrumenten versehen und verbindlich für alle Politikressorts wäre. Rolle des Umweltministeriums ist es endlich einen Plan, der diesen Ansprüchen gerecht wird, zu erstellen und wesentliche Maßnahmen umzusetzen.

Des Weiteren gilt es, so wie es die entsprechende EU-Direktive vorschreibt, eine breite Debatte über den CO2-Allokationsplan zu gewährleisten und noch zu Beginn von 2004 ein entsprechendes Gesetzesprojekt auf den Tisch zu legen.

6. Verabschiedung von Förderreglementen im Bereich Altbausanierung – Energiesparmassnahmen durchführen

Das Dossier der Altbausanierung zieht sich wie ein grüner Faden durch die Umweltpolitik der vergangenen Jahre, ohne dass in der Praxis etwas erfolgte. Nunmehr müssten endlich Nägel mit Köpfen und ein Programm der Sanierung von Altbauten aus energetischer Sicht mit entsprechendem Marketingprogramm seitens des Umweltministeriums umgesetzt werden.

Auch das Ziel des Energiesparens wurde im Koalitionsabkommen hervorgehoben. Erfolgt ist aber de facto nichts reelles, obwohl sich z.B. eine neue Wärmeschutzverordnung für Neubauten aufdrängen würde. Auch diese Maßnahme wäre recht kurzfristig umsetzbar.

7. Für eine nachhaltige Strategie in der Transportpolitik

Das vorliegende Gesetzesprojekt zum öffentlichen Transport ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht tragbar, da es u.a. eine Bevormundung der Gemeinden bedeutet, die Akteure im Transportbereich nicht auf konstruktive Art und Weise zusammenführt, das Primat auf ökonomische statt auf ökologische Interessen legt u.a.m. Das Ministerium sollte das Gesetzesprojekt entsprechend zurückziehen und überarbeiten. Erforderlich ist eine kontradiktorische Debatte Anfang 2004 über eine nachhaltige Transportpolitik. Dies bedingt auch, dass ein Moratorium für Straßenbauprojekte verabschiedet wird, das IVL-Konzept endlich veröffentlicht und kontradiktorisch diskutiert werden kann sowie dass seitens des Transportministeriums eine Strategie betreffend die Entwicklung der CFL und deren Finanzierungsfragen vorgelegt wird.

8. Neue Schieneninfrastrukturen auch tatsächlich "auf die Schiene bringen"

Der jetzige Transportminister hat (positiverweise) zahlreiche Gesetzesprojekte im Bereich Schienenverkehr verabschiedet. Doch deren konkrete Umsetzung ist nicht gewährleistet. Es müssten umgehend die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt und die ersten Umsetzungsschritte sehr konkret in die Wege geleitet werden und dies gemäss einer nachvollziehbaren strikten Prioritätenliste.

9. Fortschreibung der aktuellen Förderreglemente im Bereich regenerative Energien

Die Reglemente im Bereich regenerative Energien haben den erwünschten Erfolg zu verzeichnen. Soll die Energiewende weitergeführt – soll das Miteinander von Ökologie und Ökonomie weiter unterstützt werden ... so gilt es die Reglemente in der jetzigen Form beizubehalten! Fehlt es an den budgetären Mitteln, ist einerseits eine Verlagerung des sogenannten Einspeisetarifs auf den Strompreis unerlässlich – und andererseits sollte über neue Finanzierungsquellen nachgedacht werden (warum z.B. nicht eine Energiesteuer einführen!)

10. Koordinationsstelle und Wissenschaftlichkeit im Naturschutzbereich einführen

Konsens bestand auf Ebene der Mehrheitsparteien anlässlich der rezenten Reform des Naturschutzgesetzes darin, dass eine Struktur zu schaffen sei, in der einerseits die Akteure im Naturschutzbereich auf formaler Ebene zusammenarbeiten (Gemeinden / Syndikate, Naturhistorisches Museum, Forstverwaltung, Nicht-Regierungsorganisationen ...) und im Rahmen derer der Naturschutz auf eine wissenschaftliche Ebene gestellt wird. Diese Struktur soll via Gesetzesprojekt festgelegt werden. Am Umweltminister dieses Projekt bis Januar vorzulegen – an den Mehrheitsparteien es noch umgehend zu verabschieden.

11. Erstellung des „plan sectoriel paysages protégés“ sowie des Planes von Aktivitätszonen für Handwerksbetriebe

Das Beispiel der geplanten kommunalen Aktivitätszone „Grass“ der Gemeinde Steinfort, inmitten der „zone verte interurbaine“, wie auch die Affäre Meysemburg zeigen, dass – auch nach der Diskussion um den „Grengewald“ in Luxemburg die freie Landschaft nach wie vor ungeschützt ist. Auch wenn man davon ausgeht, dass das IVL-Konzept, das (vielleicht?) Ende Januar vorgelegt wird, Landschaftsschutzräume ausweist: was ändert dies vor Ort? So lange kein rechtsverbindlicher Schutz für diese Räume besteht, ist das IVL-Dokument ein weiteres Schriftstück wie viele andere vorher!

Der Mouvement Ecologique fordert das Umweltministerium auf, seine Verantwortung zu übernehmen und den Entwurf eines sektoriellen Planes im Frühjahr auf den Tisch zu legen.

Desweiteren gilt es endlich den mehrfach versprochenen sektoriellen Plan von Aktivitätszonen für Handwerksbetriebe zu erstellen, um somit Probleme wie in Grass zu verhindern und dem Luxemburger Handwerk Ausbaumöglichkeiten zu gewähren.

12. Reform des Gesetzes von 1937

Die Reform des Gesetzes von 1937 ist seit mindestens acht wenn nicht mehr Jahren in den Programmen der jeweiligen Regierungen wieder zu finden.

Der Mouvement Ecologique fordert die Verabschiedung des Gesetzesprojektes in der vorliegenden Legislaturperiode u.a. im Hinblick auf eine bewusstere Gestaltung der Gesamtentwicklung der Gemeinden und eine entsprechende Beteiligung der BürgerInnen an den Entwicklungsplänen.

13. Wasserwirtschaft auf stabile Füße setzen

Der Mouvement Ecologique teilt zahlreiche Bedenken, die der Staatsrat im Rahmen seines Gutachtens zur Schaffung des Wasserwirtschaftsamtes anführte. Das Gesetzesprojekt zur Schaffung dieses Amtes bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung, es gilt das Wasserwirtschaftsamt im Umweltministerium anzusiedeln. Nicht zuletzt muss Luxemburg umgehend die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen – ein entsprechendes Gesetzesprojekt müsste noch in dieser Legislaturperiode erstellt werden.

14. Gesamt-Kommodo-Genehmigung für das Flughafenareal erstellen

Die Polemik über den Ausbau des Flughafens kann nur dann beendet werden, wenn endlich, so wie es das Gesetz vorschreibt, eine Genehmigung für das gesamte Flughafenareal erstellt wird. Diese müsste jedoch den Einwänden die im Rahmen der Prozedur u.a. von den Gemeinden aber auch von Mouvement Ecologique und den Interessenvereinen formuliert wurden, Rechnung tragen.